

Christen und Muslime in Niedersachsen

Mitteilungen 2, 2026

1. Niedersachsen

1.1. Landesbischof und Ministerpräsident senden Grüße zum Ramadan

Zum Beginn des islamischen Fastenmonats Ramadan haben der niedersächsische Ministerpräsident Olaf Lies (SPD) und der evangelische Landesbischof Ralf Meister die Verbundenheit mit den Muslimen im Land hervorgehoben.

Meister verwies auf die Bedeutung des interreligiösen Dialogs und des guten Verhältnisses zwischen Christen und Muslimen. „Beides sind Errungenschaften der letzten Jahrzehnte, die wir als evangelisch-lutherische Landeskirche entschieden verteidigen und weiter voranbringen werden“, schrieb der Bischof in einem Schreiben an die Musliminnen und Muslime.

Das christliche und das muslimische Fasten beginne in diesem Jahr exakt zur gleichen Zeit.

Das sei etwas ganz Seltenes und ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit von Christen und Muslimen. „Unsere Praxis unterscheidet sich. Sie haben klare, strenge Regeln. Wir evangelische Christinnen und Christen sind freier und entscheiden vieles individuell. Doch in der Sache und in vielen Grundfragen sind wir eng beieinander. Denn wir beziehen uns in unserem Fasten auf eine gemeinsame Wurzel, auf Abraham, Mose, Jesus und die Propheten“, so Meister.

Der hannoversche Landesbischof ist zugleich Schirmherr der Fastenaktion „Sieben Wochen ohne“, die in diesem Jahr in Göttingen eröffnet wurde. Das Motto lautet: „Mit Gefühl! Sieben Wochen ohne Härte“. „Wir verzichten sieben Wochen lang auf den harten, oft gnadenlosen Umgang mit den anderen“, schreibt Meister. „Wir schreiben keine gehässigen Kommentare auf Social Media. Wir verzichten darauf, andere zu beschimpfen.“ All dies sei ein Kontrapunkt zur Härte, die sich in der internationalen politischen Entwicklung zeige ([mehr](#)).

1.2. Osnabrück: Leiter des Islamkollegs Deutschland wegen Betrugsvorwürfen zurückgetreten

Der wissenschaftliche Direktor des Islamkollegs Deutschland in Osnabrück, Bülent Uçar, ist wegen Betrugsvorwürfen zurückgetreten. Das berichtet der „Tagesspiegel“.

Uçar habe sein Amt bereits Ende 2024 niedergelegt, so die Zeitung. Das gehe aus einer Stellungnahme Uçars sowie aus Angaben der Staatsanwaltschaft Osnabrück hervor. Er soll Spesen zu Unrecht beantragt und ausgezahlt bekommen haben. Der Schaden belaufe sich auf etwa 3700 Euro. Das Islamkolleg habe im Februar 2025 Anzeige wegen Betrugs erstattet. Das Verfahren sei gegen eine Zahlung in Höhe von 4500 Euro eingestellt worden.

Er habe sein Amt niedergelegt, um „möglichen Schaden vom Islamkolleg abzuwenden und zugleich mehr zeitliche Ressourcen für meine Familie zu gewinnen“, sagte Uçar dem „Tagesspiegel“. „Für die mir unterlaufenen Fehler übernehme ich ausdrücklich die Verantwortung.“

Uçar ist Professor für Islamische Theologie an der Universität Osnabrück und Mitgründer des Islamkollegs zur Ausbildung von Imamen. Das bundesweit einzigartige Modellprojekt wird

vom Bundesinnenministerium und vom Land Niedersachsen gefördert ([mehr](#)).

1.3. Bischof Heiner Wilmer neuer Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Der Hildesheimer Bischof Heiner Wilmer ist der neue Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK). Die katholischen Bischöfe wählten ihn bei ihrer Frühjahrsvollversammlung in Würzburg.

Wilmer ist seit 2018 Bischof von Hildesheim. In der Deutschen Bischofskonferenz folgt er auf den Limburger Bischof Georg Bätzing, der das Amt sechs Jahre lang innehatte. Wilmer leitete bislang die Kommission der DBK für gesellschaftliche und soziale Fragen ([mehr](#)).

Der Ratsvorsitzende der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen, Bischof Thomas Adomeit aus Oldenburg, gratulierte Wilmer zu seiner Wahl. „In Niedersachsen haben wir in den letzten acht Jahren vertrauensvoll, konstruktiv und zukunftsgewandt zusammengearbeitet.“ Beispiele dafür seien das neue Unterrichtsfach „Christliche Religion“ und das Bündnis „Niedersachsen packt an“. Gemeinsam mit vielen zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren hätten die Kirchen gezeigt, „wie wir gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken können. Ich

bin mir sicher, dass Heiner Wilmer mit seinen differenzierten Aussagen, seiner theologischen Kompetenz und Tiefe und seiner Tatkraft auch in der neuen Aufgabe segensreich wirken wird“, so Adomeit ([mehr](#)).

1.4. Was sonst noch war

– Göttingen: DITIB-Moschee ruft erstmals öffentlich zum Gebet; viele Gäste folgen der Einladung zum Fastenbrechen, unter ihnen Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD); Protest des Stadtverbands der Jungen Union gegen den Muezzin-Ruf ([mehr](#))

– Braunschweig: Interreligiöser „Fastenwalk“ am Aschermittwoch ([mehr](#))

– Peine: Shitstorm nach Ramadan-Post des Landkreises; Sperrung der Kommentare ([mehr](#))

– Celle: Oberlandesgericht verurteilt Libanesen wegen Hisbollah-Mitgliedschaft zu 18 Monaten auf Bewährung; „Auslandsfunktionär“ der verbotenen Organisation in Norddeutschland; wichtige Rolle der Langenhagener Salman-Farsi-Moschee; Verurteilter distanziert sich von der Hisbollah ([mehr](#))

– Hannover: Kind mit Spielzeugpistole löst Großeinsatz der Polizei in der DITIB-Moschee Stiftstraße aus ([mehr](#))

– Cuxhaven: Evangelischer Kirchenkreis stärkt das Aufgabenfeld Interreligiöser Dialog ([mehr](#))

- Synode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers wählt Synodale Wencke Breyer zur Präsidentin ([mehr](#))
- Göttingen: Gesellschaft für bedrohte Völker warnt vor neuer Bedrohung der Jesiden im Nordirak ([mehr](#))
- Verfassungsschutz: AfD in Niedersachsen „gesichert rechtsextremistisch“; AfD kündigt Klage an ([mehr](#)).

2. Allgemeine Lage

2.1. Erfurt: Ahmadiyya-Gemeinde eröffnet Moschee in Erfurt-Marbach

Nach gut sieben Jahren Bauzeit hat die Ahmadiyya-Muslim-Jamaat ihre Moschee in Erfurt-Marbach feierlich eröffnet. Zur Einweihung sagte Bundestagsvizepräsident Bodo Ramelow (Linke), Erfurt habe bereits die einzige in der DDR gebaute Synagoge. Mit der neuen Moschee zeige die Stadt erneut religiöse Vielfalt. Die angekündigten Proteste gegen die Eröffnung blieben aus.

Der Vorsitzende der Ahmadiyya-Gemeinde Thüringen, Suleman Malik, sagte bei der Feier vor rund 120 Gästen, der Neubau sei keine Selbstverständlichkeit, sondern von „vielen Herausforderungen, Gesprächen und Prüfungen geprägt“ gewesen. Unter den Gästen waren

auch die Bischöfe Friedrich Kramer (Evangelische Kirche in Mitteldeutschland) und Ulrich Neymeyr (Bistum Erfurt). Ministerpräsident Mario Voigt (CDU) gratulierte per Videobotschaft und sprach von einem „Tag großer Freude“.

Der Grundstein für die Moschee war Ende 2018 gelegt worden. Das Gebäude steht in einem Gewerbegebiet am Rand Erfurts. Es verfügt über einen schlichten Gebetsraum, ein acht Meter hohes Zierminarett sowie eine Wohnung für den Imam. Der Bau wurde nach Angaben der Gemeinde vollständig durch Spenden finanziert. Die Kosten beliefen sich auf rund 1,35 Millionen Euro.

Die Ahmadiyya Muslim Jamaat versteht sich als islamische Reformbewegung. Sie wird von vielen anderen muslimischen Strömungen nicht anerkannt und teilweise verfolgt. Bundesweit zählt die Gemeinschaft nach eigenen Angaben rund 60.000 Mitglieder. Sie betreibt mehr als 60 Moscheen. Gegen den Bau der Moschee in Erfurt hatte es immer wieder islamfeindliche Proteste gegeben ([mehr](#)).

2.2. Universität Koblenz gründet Institut für Islamische Theologie

Die Universität Koblenz hat ein Institut für Islamische Theologie gegründet. Die Einrichtung solle

Teil des Fachbereichs Philologie/Kulturwissenschaften werden und künftig für die staatliche Qualifikation islamischer Religionslehrkräfte sorgen, teilte die Hochschule mit. Mit der Gründung wurden drei Professuren ausgeschrieben (Systematische Theologie, Textwissenschaften, Religionspädagogik und Fachdidaktik).

Mit der Gründung des Instituts werde eine verlässliche Grundlage für die Lehrerausbildung geschaffen, erklärte Wissenschaftsminister Clemens Hoch (SPD). „Damit stärken wir die Unterrichtsqualität, die wissenschaftliche Fundierung der Islamischen Theologie und den interreligiösen Dialog in unserem Land.“

Der Aufbau der Islamischen Theologie werde „auf Basis der Verträge durch zunächst zwei Islamverbände begleitet“, hieß es weiter. Bei der Besetzung der Professuren erhielten sie über einen Beirat ähnliche Mitspracherechte wie die Kirchen bei den Besetzungen von Lehrstühlen für evangelische und katholische Theologie. Um welche Verbände es sich handelt, teilte das Ministerium nicht mit ([mehr](#)).

Der Vorsitzende der Schura Rheinland-Pfalz, Akif Ünal, sagte dem Portal islamiq.de, er freue sich über diesen wichtigen Schritt. „Als islamische Religionsgemeinschaft bringen wir unsere Expertise mit großer Freude in die Errichtung und Weiterentwicklung dieses Angebots ein, um

dem hohen Bedarf an den Schulen gerecht zu werden“ ([mehr](#)).

2.3. Studie der Universität Münster: Islamischer Religionsunterricht wirkt positiv

Je länger Kinder und Jugendliche muslimischen Glaubens den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen besuchen, desto weniger empfänglich sind sie für Antisemitismus, Frauenfeindlichkeit oder Homophobie. Das ist der Kernbefund einer von Schulministerin Dorothee Feller (CDU) in Auftrag gegebenen Studie des Instituts für Islamische Theologie an der Universität Münster.

Der Unterricht leistet nach den Worten des Leiters der Studie, Mouhanad Khorchide, einen wesentlichen Beitrag dazu, dass „demokratische Grundwerte als Teil der islamischen Lehre verstanden werden“. Er stärke die Religionsmündigkeit und die Bereitschaft, Vielfalt anzuerkennen. Es sei wichtig, die Identitätsbildung von Jugendlichen nicht der Beliebigkeit zu überlassen und Tür und Tor für den Einfluss von Hasspredigern, Fundamentalisten und religiösen Extremisten zu öffnen, so Khorchide. Daher empfehle die Studie, den Religionsunterricht „flächendeckend an allen Schulformen“ einzuführen.

Derzeit wird Islamischer Religionsunterricht an 247 der rund 5400 Schulen in Nordrhein-Westfalen angeboten. Er erreicht rund sechs Prozent der mehr als 500.000 muslimischen Schülerinnen und Schüler ([mehr](#)).

2.4. Saarland: Bündnis fordert Gottesbezug für Präambel der saarländischen Verfassung

Ein Bündnis aus christlichen Kirchen, der Synagogengemeinde Saar sowie muslimischen Gemeinden will einen Bezug zu Gott in die Präambel der saarländischen Verfassung bringen.

Ein Gottesbezug würde den geschichtlich-kulturellen Ursprung der grundlegenden Verfassungswerte sichtbar machen, teilte das Bündnis in einer gemeinsamen Erklärung zum politischen Anhörungsverfahren im Landtag mit. Die Landesverfassung enthält seit dem Beitritt des Saarlandes zum Bundesgebiet 1957 keine Präambel. In dem derzeit vorliegenden Entwurf vom Herbst 2025 findet sich kein Gottesbezug.

Das religionsübergreifende Bündnis schlägt vor, in die Präambel eine Formulierung nach dem Vorbild des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland aufzunehmen: „Im Bewusstsein unserer Verantwortung vor Gott und den Menschen, auf der Grundlage des religiösen und humanistischen Erbes, gibt sich das Volk des

Saarlandes die folgende Verfassung.“ Im bisherigen Entwurf der neuen Präambel bekennt sich das Saarland unter anderem zur deutsch-französischen Freundschaft und zu einem friedlichen Europa ([mehr](#)).

2.5. Was sonst noch war

- Bonn: Deutsche Bischofskonferenz legt neue Studie zu den christlich-muslimischen Beziehungen in Deutschland vor ([mehr](#))
- Münster: Fertigstellung des geplanten interreligiösen Campus der Universität Münster verzögert sich weiter ([mehr](#))
- Düsseldorf: Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland nimmt am interreligiösen „Toleranzwagen“ beim Rosenmontagsumzug teil ([mehr](#))
- „Initiative kulturelle Integration“ ruft zu einem bundesweiten Aktionstag „Zusammenhalt in Vielfalt“ am 21. Mai 2026 auf ([mehr](#))
- Verwaltungsgericht Köln: Bundes-AfD darf vorerst nicht als „gesichert rechtsextremistisch“ behandelt werden ([mehr](#))
- Sachsen-Anhalt: AfD-Wahlprogramm „Frontalangriff auf die Kirchen“ ([mehr](#)).

3. Literatur: Neuerscheinungen

- B. Bengard u.a. (Hg.), Christliche und islamische Hermeneutiken. Grundlagen und interreligiöse Erkundungen, Zürich 2026
- K. Cragg, Das Ereignis des Koran. Der Islam in seiner Schrift, Regensburg 2026
- Deutsche Bischofskonferenz, Christlich-muslimische Beziehungen in Deutschland. Arbeits-hilfen Nr. 348, Bonn 2026 ([hier](#))
- E. Dubronner/F. Schweitzer (Hg.), Interreligiöse und ethische Kompetenzen entwickeln. Unterrichtsmaterialien für die generalistische Pflegeausbildung, Göttingen 2026
- R. Ghadban, Das Netz der Mullahs. Der Iran und der politische Islam der Schiiten, Freiburg 2026
- A. M. Karimi, Die Schönheit des Judentums. Eine muslimische Liebeserklärung, Ostfildern 2026
- H. Mohagheghi, Theologie der Gewalt. Eine Analyse ausgewählter Suren aus dem Koran, Münster 2026
- D. Pollack, Religiöser Fundamentalismus. Geschichte, Erscheinungsformen, Hintergründe, München 2026
- B. Schmitz, Der Koran in seinem interreligiösen Gestaltungsprozess. Eine religionswissen-schaftliche Textauslegung, Baden-Baden 2025

J. H. Schoeps/S. Krause-Hinrichs (Hg.), Was tun? Wie in Deutschland Antisemitismus wirksam bekämpft werden kann, Hildesheim 2026.

Hannover, den 3.3.2026

Unser Angebot enthält Links zu Webseiten Dritter, für deren Inhalte wir keine Gewähr übernehmen. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf Rechtsverstöße überprüft, rechtswidrige Inhalte waren nicht erkennbar. Eine permanente Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.

Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers, Evangelische Agentur,
Interreligiöser Dialog, Prof. Dr. Wolfgang Reinbold, wolfgang.reinbold@
evlka.de, 0511-1241-972, www.evangelische-agentur.de
ISSN 2191-6772